

Kampf gegen Windmühlen

Borchener Politik verweigert weiteren Anlagen ihre Zustimmung

Borchen (per). Die Gemeinde Borchen hält an ihrem Kurs fest und verweigert zusätzlichen Windkraftanlagen bei Dörenhagen ihre Zustimmung. Einstimmig hat der Bauausschuss in seiner Sitzung am Donnerstagabend sieben beantragte Anlagen abgelehnt. Damit stellen sich die Kommunalpolitiker fraktionsübergreifend gegen Landrat Manfred Müller (CDU), der angekündigt hatte, die Windmühlen zu genehmigen (WV vom 7. Dezember).

Deutliche Worte in Richtung Müller wählte Jürgen Schmidt (SPD), der dem Landrat vorwarf, die Windmühlen »im vorausgehenden Gehorsam« durchgewunken zu haben. »Wir hätten erwartet, dass er uns auf dem Weg in der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Minden begleitet. Stattdessen lässt er uns im Regen stehen und versteckt sich hinter Gutachten und Aussagen über Schadenersatzansprüche des Gemeindeversicherungsverbandes«, schimpfte der Sozialdemokrat.

Für Stirnrundeln bei Bürgermeister Reiner Allerdissen (SPD) sorgten die Grünen, als es um den Antrag einer 180 Meter hohen Windenergieanlage ebenfalls bei

Dörenhagen ging – und zwar die Anlage jenes Investors, der den Flächennutzungsplan der Gemeinde Borchen zu Fall gebracht hatte. Guido Reitmeyer stimmte gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Edzard Buse-Weber (»die Höhenbegrenzung ist nicht mehr zu halten«), das Windrad zu ge-

»Die Menschen in Borchen würden das nicht verstehen, wenn wir diese Anlage erlauben.«

Bürgermeister Reiner Allerdissen

nehmigen. Reitmeyer argumentierte, dass wohl auch bei einem überarbeiteten Flächennutzungsplan die Anlage genehmigt werden müsste und diese zudem den notwendigen Abstand zur Wohnbebauung einhielte und innerhalb der ausgewiesenen Windvorrangzonen läge.

Bürgermeister Allerdissen sprach von einem »verheerenden Signal« an die Bürger und die Gerichte, wenn man dieser Anlage zustimmen würde, denn damit widerspreche die Gemeinde

einem wesentlichen Punkt ihres eigenen Flächennutzungsplans, nämlich der Höhenbegrenzung von 100 Metern. »Das würden die Menschen hier in Borchen nicht verstehen, wenn wir dieser Anlage erlauben«, warnte der Verwaltungschef und erntete für diese Haltung Zuspruch aus allen anderen Fraktionen.

Auch die CDU stellte sich indirekt gegen ihren Parteifreund Manfred Müller: »Wir haben zugestimmt, Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen, und dieses Ziel sollten wir weiter verfolgen«, sagte Harald Kuhnigk. Er schloss auch nicht aus, gegen die Genehmigung des Kreises Paderborn zu klagen. Reiner Allerdissen bezeichnete dieses Szenario sogar als »alternativlos«.

Im Fall der sieben weiteren beantragten Windkraftanlagen bei Dörenhagen können Verwaltung und Politik zunächst ein wenig auf Zeit spielen. Diese Anträge waren nämlich erst nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts gestellt worden und können für ein Jahr zurückgestellt werden, da die Gemeinde Borchen die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans beschlossen hat.